

Emser Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 282

Bad Ems, Montag, den 8. Dezember 1919

71 Jahrgang

Weitere Befehung?

Am 6. Dez. Der Pariser Vertreter der „Nat.“ berichtet, daß in der gestrigen Sitzung des Oberhauses, zu der auch Hoch hinzugezogen war, militärische Maßnahmen erwogen worden seien, um (wie schon gestern) Deutschland zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags zu zwingen, und das Inkrafttreten des Versailler Vertrags zu beschleunigen. Es sei die Befehung des Ruhrgebietes und der Stadt Frankfurt a. M. in Betracht genommen. Der englische Generalkonsul Wilton hat zu dringenden Besprechungen nach Paris. Nach „Echo de Paris“ bestehen Clemenceau und Hoch darauf, daß Deutschland ein Ultimatum zu richten. Die Note wird, wie „Matin“ sagt, heute redigiert.

Industriegeheimnisse unter Entente-Masken.

Berlin, 6. Dez. Die Entente hat der deutschen Regierung, nach der „Deutschen Tageszeitung“, eine Denkschrift mit, in der sie das beabsichtigte Verfahren der militärischen Kontrolle niederlegt. Dies bedeutet die Übertragung des gesamten geistigen Eigentums der chemischen Industrie. Auf allen anderen Gebieten wiederholt sich dasselbe. Um die Auslieferung der geistigen Eigentums unseres Volkes für sich sicher zu machen, verlangt die Entente von unserer Regierung, daß die Vertreter der deutschen Regierung deutsche Offiziere der Hauptkommission als auch allen Bezirken- und Subkommissionen zugeteilt werden. Diese Offiziere werden beauftragt sein, die Angelegenheiten der Mitglieder der Entente-Kommissionen an die betreffenden deutschen Beamten, Fabriksdirektoren zu übermitteln und die Angelegenheiten den Charakter von Befehlen der deutschen Regierung zu verleihen.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 3. Dezember 1919.

Der Ministerpräsident: Hainisch. Die zweite Beratung des Mißtrouens für Wissenschaft, Volks- und Kunstbildung wird mit der formellen Anfrage des Abg. Dr. Friedberg über die evangelische Kirchenverwaltung.

Abg. Dr. Berndt (Dem.): Der Oberkirchenrat hat eine außerordentliche versammelte Kirchenversammlung vorgelegt, die im Widerspruch zur vorläufigen Kirchenverfassung bestimmt, daß bis zum Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung das Landesherliche Kirchenregiment Oberkirchenrat unter Mitwirkung des General-Synoden ausüben würde und im Widerspruch mit den Bestimmungen, daß die Wahlen zur versammelte Kirchenversammlung unmittelbar unter Beschränkung der Wahlberechtigung erfolgen sollen. Was die Regierung tun, um gegenüber diesem Entwurf die Rechte des Staates und der evangelischen Staatsbürger zu schützen? Es folgt eine förmliche Anfrage der Deputation über die Freiheit der Religionsgesellschaften.

Abg. Dr. Meinhart (D. V.): In Widerspruch mit der Kirchenverfassung und dem Beschluß des Oberkirchenrats sind in unserem Haushaltsausschuß Stimmen erhoben worden, die den staatlichen Einfluß auf die evangelischen Kirchen aufrecht erhalten und die Handlungsfreiheit der Kirchen einschränken wollen. Das hat große Beunruhigung hervorgerufen. Wir fragen die Regierung, ob sie die Handlungsfreiheit der Religionsgesellschaften und der versammelte Kirchenversammlung Handlungsfreiheit gewähren will? Der Staat sollte meines Erachtens in innerliche kirchliche Angelegenheiten nicht einmischen. Ein Wahlrecht im Sinne des Vorschlags schützt nicht die Minderheit. In der allgemeinen Kirchenverfassung soll auch die Beantwortung dieser Anfragen sein.

Abg. Dr. Wegscheider (Z.): Wir wollen den Ueberbau der zu Grunde gehenden Kultur zur neuen Kultur ruhiger form. Wir verlangen daher auch nicht den völligen Ausschluß kirchlicher Ausgaben aus dem Staatshaushalt. Wir stehen auf dem Boden des Schulkompromisses. Dr. Lauscher (Z.): In ihren Anforderungen wird die Kirche gewiß gern der Finanzlage des Staates anpassen.

Abg. Dr. Klingemann (Deutschnat. Vp.): Das allgemeine Staat und Kirche ist nicht etwa durch einen Bruch oder durch eine Verordnung zu lösen. Eine rein kirchliche Staatskirche hat es nie in Preußen gegeben. Die Kirche muß sich im Geiste der Gerechtigkeit vollziehen. Kultusminister, der außerhalb der Konfessionen steht, ist tatsächlich über den Parteien stehen. Aber selbstverständlich ist das nicht. Das Wort Wilhelm I.: Dem Staat muß die Religion erhalten bleiben muß auch jetzt Geltung haben, obgleich gegeben werden muß, daß das Mißbrauch getrieben worden ist. Was man auch von alten Staat sagen mag, er hat es jedenfalls verloren, zu regieren, während die neue Regierung dies noch gelernt hat. Sehr wahr! rechts.) Eine konfessionelle Kirche ist auch nach meiner Ansicht ganz unzulässig. Die Erhaltung der theologischen Fakultäten auf den Universitäten freuen wir uns. Wir wollen gerade die theologische Wissenschaft in engster Verbindung mit der allge-

meinen Wissenschaft stehen. Das Evangelium von Gottes Herrlichkeit und Gnade wollen wir unserem Volke unbedingt erhalten wissen.

Minister Hainisch: Nach meinem Empfinden muß von den Koalitionsparteien in erster Linie betont werden, was uns einigt, nicht was uns trennt. Ich habe im Hauptausschuß immer hervorgehoben und kann es hier nur wiederholen, daß es in meinem Ressort eine große Anzahl von Fragen gibt, wo alle parteipolitischen Gegensätze zurücktreten müssen, wo alle Parteien gemeinsam am Volkswohl arbeiten können. Daß die politischen Gegensätze nicht auf die Spitze getrieben werden sollen, gilt für alle Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, es sollte dreifach gelten für die Koalitionsparteien selbst. Daß Herr Dr. Lauscher nicht in diesem Sinne gesprochen hat, zeigt doch deutlich der lebhafteste Beifall, den seine Rede auf der rechten Seite fand. (Zustimmung und Widerspruch, fortwährendes Rufen rechts.) Im Ausschluß habe ich erklärt, daß ich den Schulkompromiß, nachdem er Verfassungskraft erlangt hat, mit aller Loyalität durchführen werde, und ich bitte das Zentrum, von dieser Erklärung Abstand zu nehmen. Die Trennung von Kirche und Staat ist festzusetzen. Es handelt sich nur noch um die Feststellung von Modalitäten dieser Trennung. Auch bei diesen Auseinandersetzungen wird mit aller nur denkbaren Schonung der berechtigten kirchlichen Interessen materieller und ideeller Art vorgegangen, und wir werden beim Reich in der gleichen Richtung wirken. Bereits bevor das Reich bezüglich der Modalitäten gegeben hat, habe ich durch Verordnung auf den Fortfall aller der früheren kirchlichen Vergütungen hingewirkt. Die Kirche wird auch in der Steuererhebung nicht anders behandelt werden, als alle anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Wir arbeiten mit Hochdruck, können aber unmöglich alles auf einmal tun. Hoffentlich wird sich die Trennung von Kirche und Staat in verständlichem Geiste vollziehen. Betreffs der künftigen evangelischen Kirchenverfassung würden wir nach Möglichkeit Konflikte vermeiden zu sehen. Der Minister verliest hierzu eine längere formulierte Erklärung.

Abg. Dr. Boelch (D. Vp.) schildert eine Reihe von Mißständen.

Abg. Dr. Lauscher (Z.): Der Minister hat seinerseits den Kriegspfad beschritten und zwingt mich damit, denselben zu werden. Es ist für uns unerträglich, wenn die Kirche aus ihrer Position in der Schule Schritt für Schritt herausgedrängt wird. Dagegen müssen wir uns wehren. Wir können dabei keine Rücksicht auf die Koalition nehmen. Wir werden Zug um Zug und Tag um Tag in der für uns allerwichtigsten Fragen niedergestimmt. Das können wir nicht stillschweigend über uns ergehen lassen. Man ist der mißinteressierten Partei doch auch einige Rücksicht schuldig. Den Weimarer Schulkompromiß stellt der Minister so dar, als ob das Zentrum sein Vater sei. Das ist geschichtlich unrichtig. Wir müssen uns gegen eine recht logale Ausföhrung des Kompromisses auf das entschiedenste verwahren. Ist der Minister sich über die Wirkung seiner „Vorworts“-Artikel in den nichtsozialistischen Kreisen klar geworden? Einen Vorstoß gegen die Koalition habe ich natürlich nicht beabsichtigt.

Um 6.15 Uhr erklärt sich, da der Abg. Wolf Hoffmann, der Redner der Unabhängigen, immer noch nicht im Hause eingetroffen ist, als dritter in der Reihenfolge, der

Abg. Richter (D. Vp.) zum Einspringen bereit. Er spricht für die volle Autonomie der evangelischen Kirche und gegen den Vorstoß der Demokraten. Schon Friedrich Naumann habe in Weimar die demokratische Kirchenpolitik tadelnd kritisiert. Diese Politik könne nur zu einem neuen Kulturkampf führen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

Sitzung vom 4. Dezember.

Die zweite Beratung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wird fortgesetzt.

Abg. Wolf Hoffmann (U. S.): Die Rechte fürchtet die Trennung von Staat und Kirche würde den Staat zerstören. In welchen Staat? Doch nur den Staat der Reaktion, der Unterdrückung und Ausbeutung, der die Kirche braucht. Wenn Hainisch im Unte bleiben will, dann braucht er die Unterstützung des Zentrums, und die bekommt er nur, wenn er katholisch wird. (Heiterkeit.) Wenn unser Volk wieder hochkommen will, dann ist die Befreiung der Schule von der Kirche notwendig. Hainisch ist ein guter Mensch, aber ein Spielball des Zentrums. Das ganze Volk muß an der Kultur teilnehmen. Großes Vertrauen können wir zu dem Minister, zu dem reaktionären Eierkopf, den er seit Januar ausführt, nicht haben. In der Zeit der Not soll die Kirche endlich mit ihren Goldbeständen herausrücken.

Dr. Schlachtmann (Z.): Im Volkschulwesen macht sich noch der Mißstand bemerkbar, daß die Dozenten die Anwesenheit ihrer Hörer noch nicht richtig einzuschätzen wissen. Deshalb ist es notwendig, daß der Minister auf die Leiter der Provinzialtheater einwirkt, daß sie in größerer Zahl billige Volksvorstellungen geben. Wir können der Religion im Staatswesen ganz gut entgegen. Die Trennung von Kirche und Staat muß rücksichtslos durchgeführt werden. Bei der Schule muß das Element mehr zur Geltung kommen. Wir erstreben noch wie vor die Einheitschule. Soll das deutsche Volk gründen, so bedarf es guter Bildung. Die Erkenntnis wird sich Bahn brechen, da der demokratische sozialistische Gedanke im allgemeinen Gesellschaftsleben Geltung finden muß. Beifall bei den Sozialdemokraten.

Jordan (Dem.): Den Religionsunterricht wollen wir in der Schule nicht entbehren; denn wer dem Volke die Religion nimmt, raubt ihm etwas von seiner Bildung. Politik wollen

wir in der Schule nicht. Auch mit den politischen Schülern muß aufgeräumt werden.

Dele (Nat.): Wir lehnen grundsätzlich jede Vermischung des Staates in die Angelegenheiten der Kirche ab. Für uns ist die Religion die Grundlage der Kultur und Volkserziehung. Wir bedauern, daß ein großer Teil unseres Volkes nun ohne Religionsunterricht aufwachsen wird. Wir wollen nicht, daß der Stand unseres Schulwesens irgendwie herabgedrückt wird.

Minister Hainisch: Dieser Etat ist im Grunde schon der Revolution festgelegt worden. Ich kann also nicht für jeden einzelnen Titel haften gemacht werden. Ein Gefangener des Zentrums bin ich nicht. Unter meinen Mitarbeitern sind auch unabhängige, kluge Leute, die meine Politik gutheißen. Das Programm der Unabhängigen ist nichts weiter als ein elender Abklatsch des russischen Mätsystems. Von einem rationalen Geiste, den mir die Unabhängigen vorwerfen, ist in meinem Ministerium keine Spur vorhanden. Wenn auch Sozialdemokraten zu leitenden Schulamtsstellen berufen werden, so ist das keine Parteipolitik, sondern die Weiterentwicklung eines alten Unrechts. Aber immer entscheidet der Lehrer ist es, die Jugend zu erziehen in der Achtung vor der Verfassung und der Gesetz.

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Die Abstimmung wird ausgeführt.

Franck (Z.): Hoffe, daß sich Kunst und Wissenschaft jetzt freier entwickeln können als unter dem monarchischen System. Auf architektonisch schöne Stadtbilder werde besonders gesehen werden müssen. Stadterbauer billiger Preise bei der Staatsoper, damit auch zu geringen Preisen ein guter Paß erhältlich sei. Auch die Zahl der billigen Volkstheater bedürfe der Vermehrung. In der Schule gehöre die Förderung des Kunstverständnisses.

Gleffe (Zentr.): Spricht dem Geheimrat v. Bode für seine erfolgreiche kulturelle Sammelstätigkeit Dank und Anerkennung aus.

Dr. J. Lert (Dem.) spricht vor leeren Bänken ebenfalls zu dem Kapitel Kunst und Wissenschaft.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Weiterberatung des nächsten Sitzung Freitag 11 Uhr: Weiterberatung des nächsten Sitzungs. Vorher kurze Anfragen.

Sitzung vom 5. Dezember 1919.

Nach Erledigung einer Anzahl kleinerer Anfragen setzt das Haus die zweite Beratung des Kultushaushalts, Abt. 2, Kunst und Wissenschaft, fort. Die Abg. Richter (D. Vp.), Hennig (U. S.) und Frau Garnisch (D. Vp.) tragen Wünsche und Anregungen ihrer Parteien vor.

Unterstaatssekretär Dr. Becker vom Kultusministerium spricht über das Verhältnis von Kunst zum Kunstler und Kunst zum Volke. Es müsse erwogen werden, ob es nicht möglich sei, eine neue Organisation zu schaffen, die die Kräfte besser erfaßt. Er denkt dabei an die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Organisation, die eine Vertretung der Kunstwelt darstellen solle. In Bezug auf das Theater schwebt ihm eine Entwicklung vor, wie sie die Volkshäuser genommen hat. Die Pflege der Musik werde im Rahmen der Volkshochschule einen Platz finden. Er erklärt, daß zur Erhaltung des kaiserlichen Hoftheaters 50.000 Mark zur Verfügung gestellt seien. In die Schule gehöre die Kunst ganz anders wie früher hinein, damit sie ihren erzieherischen Wert betätigen kann.

Kultusminister Hainisch: Die Sozialisierung des Theaters sei zunächst als Kommunalisierung der Stadttheater gedacht. Den ersten teuren Aufführungen der Bühnen der Oper Palästina in Berlin seien verlässliche Aufführungen desselben Wertes gefolgt. Ohne die teuren Preise bei den ersten Aufführungen wäre dies nicht möglich gewesen. Auch hier sei also ein sozialer Zweck erreicht worden. Das Volk müsse mehr ins gute Theater hinein, denn nur dadurch würde die Verbindung zwischen Volk und Kunst immer enger werden.

Damit ist der zweite Teil des Kultusetats erledigt. Es folgt der dritte Abschnitt: Volksschulwesen, Elementarunterrichtswesen. Dazu liegen 37 Anträge des Hauptausschusses und 18 Anträge aus dem Hause, sowie eine förmliche Anfrage vor. Eine mündliche Berichterstattung über die Anträge findet nicht statt, auch von den aus dem Hause gestellten Anträgen erfolgt nur bei wenigen eine kurze Begründung.

Abg. K. H. Hennig (Z.) befürwortet den Antrag seiner Partei: Die Regierung zu ersuchen, anlässlich der Neuordnung des Lehrerbildungswesens die seminartypisch vorgebildeten Seminarlehrer und die staatlichen Präparandenlehrer in gleichwertigen Stellen unterzubringen und sie vollständig in die Lehrkörper der neuen Lehrerbildungsanstalten zu übernehmen.

An der allgemeinen Aussprache beteiligten sich die Abg. König (Z.) und Gottwald (Z.) (Gottwald (Dem.) und Deke (Deutschnat. Vp.). Der Abg. Hennig (U. S.) erklärt sich körperlich außerstande, nach achtstündiger Sitzung noch zu reden. Deshalb beginnt der Abg. Heilmann (D. Vp.) seine Rede.

Um 8 Uhr wird die Beratung geschlossen.

Das preussische Ministerium für Volkswohlfahrt.

Durch Beschluß der preussischen Staatsregierung (Preussische Gesetzammlung Nr. 48) ist mit Wirkung vom 1. November 1919 die Zuständigkeit des neugebildeten Ministeriums für Volkswohlfahrt jetzt endgültig festgelegt worden. Die umfassende, bisher von fünf verschiedenen Ministerien wahrgenommene Zuständigkeit des neuen Ministeriums teilt sich in den drei Abteilungen 1 für Volksgesundheit, 2 für Wohn- und Siedlungswesen, 3 für Jugendwohlfahrt und allgemeine Fürsorge.

Minister für Volkswohlfahrt ist: Siegerwald, Mitglied der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung (Jr.), geschäftsführender Unterstaatssekretär Scheidt; parlamentarischer Unterstaatssekretär: Graf, Mitglied der preussischen Landesversammlung (Jr.).

Mit der Bildung des neuen Ministeriums ist die Gewähr verbunden, daß die Wohlfahrtspflege in Preußen einheitlich und methodisch geregelt wird. Die kommunalen und freien Wohlfahrtsverbände und Vereinigungen werden an dem eigentlichen Fachministerium einen starken Rückhalt und eine reiche Anregung für ihre fernere praktische Wohlfahrtsarbeit gewinnen. Es soll vorwiegend und ausbauend zugleich für die äußere und innere Wiedergewinnung unseres Volkes gearbeitet werden.

Die Abteilung 1 für Volksgesundheit erhält die bisher im Ministerium des Innern wahrgenommenen Geschäfte der Medizinalabteilung in Preußen, insbesondere auch die gesamte Gesundheitspolizei und Bäderpolizei, das Halte- und Fütterwesen und das Prostitutionswesen. Sie übernimmt vom Kultusministerium unter anderem die Angelegenheiten der ärztlichen und zahnärztlichen Vorprüfung und vom Handelsministerium die Gewerbehygiene und die sozialhygienische Arbeiterfürsorge außerhalb des Betriebes und die bisher gehörenden Arbeiterwohlfahrtsanstaltungen. In allen grundsätzlichen Fragen der Volksernährung, die die Volksgesundheit betreffen, der Schulhygiene, der Schülerfürsorge, des Gesundheitsunterrichts in den Schulen, der Veterinärpolizei, der Hygiene des Bergbaus und der Verkehrshygiene wirkt sie mit den in Frage kommenden Fachministerien mit.

Die Abteilung 2 für Wohn- und Siedlungswesen, auf die u. a. die Geschäfte des früheren Staatskommissars für das Wohnungs- und Siedlungswesen übertragen sind, bearbeitet die Gebiete des Städtebaues und des Wohnungswesens. Dazu gehören die Baupolizei, das Bauordnungs- und Fluchtlinienwesen und die Kommunalaufsicht auf diesem Gebiet. Ferner gehören dazu die Angelegenheiten, die die Siedlungen im Reichsbilde, der Städte und (unter Mitwirkung des Landwirtschaftsministeriums) die geschlossenen industriellen Siedlungen auf dem Lande betreffen. Mit den ihr übertragenen bevölkerungs- und sozialpolitischen Aufgaben im Wohnungswesen sind ihr zugefallen die Förderung der Baugesellschaften und des Bauentwurfswesens, die Wohnungsaufsicht, die Bildung und Beaufsichtigung der Siedlungsgesellschaften und mit dem Landwirtschaftsministerium zusammen die Mitwirkung bei den Aufgaben der inneren Kolonisation und bei der Verwertung staatlichen Domänen- und Forstbesitzes zu Wohnungszwecken. In den Kreis ihrer Obliegenheiten gehören die Angelegenheiten der Mieteinsparungskassen, des nicht landwirtschaftlichen Grundkredits und aller Grundkreditanstalten, soweit sie nicht ausschließlich für den landwirtschaftlichen Grundkredit bestimmt sind. Es fallen ihr zu der Wiederaufbau von Ostpreußen, die Wiederbelebung der Wohnungsbautätigkeit mit Hilfe von Uebertragungsanleihen aus Reichs- und Staatsmitteln; die Bildung und Beaufsichtigung von provisorischen Siedlungsgesellschaften und deren Förderung durch staatliche Mittel; die Frage der Wohnungsbeschaffung und Zwangsvermietung; die Hausbesitzer- und Mieterorganisationen. Die Geschäfte des Reichskommissars für das Wohnungs- und Siedlungswesen bleiben von der Zuständigkeit des Wohlfahrtsministeriums unberührt.

Abteilung 3 vertritt das große Gebiet der Jugendwohlfahrt und allgemeinen Fürsorge. Wie die Medizinalabteilung in gesundheitlicher Vorbeugung, so sucht sie in sozialer und sittlicher Vorbeugung den zerrütteten und verwaisten Volkstypus zu neuer Widerstandskraft für den Volksaufbau zu kräftigen. Sie übernimmt vom Ministerium des Innern u. a. den Säuglings- und Mutterdienst, die Fürsorge für die gefährdete Jugend, die Pflege von Stadtfindlingen auf dem Lande und im zentralen Mittelstand, die Errichtung von Kreiswohlfahrtsämtern, sozialen Frauenschulen und Wohlfahrtschulen zur Ausbildung von weiblichen Mitarbeiterinnen in der Wohlfahrts- und Jugendpflege, die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, die Armenpflege, das Wanderarzenwesen, die Arbeiter- und

Arbeiterinnenkolonien, die Waisenpflege und Berufsvorbereitung, die Erwerbslosenunterstützung. Dem Kultusministerium erhält sie die Pflege der schulentlassenen Jugend und die Kleinkinder- und Schulkinderfürsorge außerhalb des Schulbetriebes. Dem Ministerium für Handel und Gewerbe übernimmt sie die Berufsberatung der schulentlassenen Jugend, die Bekämpfung von Schwindelfirmen, Arbeiter- und Angestelltenversicherung. Dem Ministerium für Landwirtschaft geht auf sie die ländliche Wohlfahrtspflege und die soziale Versicherung der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen über.

Das Ministerium für Volkswohlfahrt hat mit dem 1. November seine Geschäfte übernommen. Seine Diensträume befinden sich im ehemaligen Herrenhause, Berlin S 66, Leipzigerstraße 3.

Die besetzten Gebiete.

Gebühr für Einreiseerlaubnis. Das Finanzkommissariat 4 teilt mit: Auf Anordnung der Zentralbehörde in Berlin wird vom 1. Dezember ab für das Einreiseverbot für das besetzte Gebiet von dem Geschäftsführer eine Gebühr von 3 Mark (Erstattung von Auslagen) erhoben. Die von anderen Verkehrs-Kommissariaten und anderen Behörden festgesetzten Gebühren werden dadurch nicht berührt.

Deutschland.

Die Entente und die deutschen Steuern. Der "Temps" meldet, daß eine Verbandsnote über die deutsche Steuererhebung vorliegt, die das Recht des Verbandes an allen Steuererträgen ausübt. Die auf Grund von Steuererträgen eingehenden und nach Abschluß des Beschlusses des Friedens zustande gekommen sind. "Daily Mail" meldet aus Paris: Der Oberste Rat der Verbündeten wird gegen die Verwendung der deutschen Vermögensgüter im Interesse der Zerstörung der Verwahrung einlegen. Der Rat der Verbündeten wird an erster Stelle verlangen, daß die Schuld Deutschlands an den Verband aus der Vermögensabgabe gezahlt wird. (Das wäre das genaue Gegenteil von dem, was Erzberger in der Nationalversammlung sagte.)

Der Rücktransport der ehemaligen reichsdeutschen Truppen geht ordnungsgemäß von statten. Am Donnerstag rollten 10 Züge ab. Voraussichtlich soll am Freitag geräumt werden.

Vermischte Nachrichten.

Ein Postauswärtiger Brief wurde in Köln durch die Ablehnung der Forderung der Erhöhung des Einkommens hervorgerufen. Es handelt sich um einen vierfachen Protest. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit soll die Leistung von Ueberstunden abgelehnt werden. Wenn am Mittwoch keine zureichende Antwort eintrifft, beginnt der Proteststreik von neuem.

Bohrt gegen den 1919er. Aus der Nahegegend wird berichtet: Ungeachtet der hohen Preise, die einen richtigen Gastwirtsbetrieb im alten Stil überhaupt nicht mehr als möglich erscheinen lassen, fordert der Gastwirtsbereich für die Nahegegend alle Weintrinker zu einem völligen Bohrt des 1919er Weins, also reißlose Enthaltung vom Genuß dieses besonders in die Höhe getriebenen Getränks, auf. Die Wirte bezeichnen den Genuß solcher teuren Weine als einen Luxus, den sich nur die Kriegsgewinnler, Preistreiber und Schieber leisten können. Die Wirte selbst sind entschlossen, den Ausschank solcher Weine aufs äußerste einzuschränken.

Das große Los. Der Haupttreffer der preussischen süddeutschen Klassenlotterie fiel auf die Nummer 31 433.

Die Kölner Stadtverordnetenversammlung werden von den Presseberatern gemäß dem Abkommen in allen deutschen Städten nur für drei Stunden besucht. Eine Berichterstattung über den Rest der Sitzung unterbleibt.

Wo die Liebe hinfällt. Eine Bäuerin, die seit Oktober 1918 einen deutschen Soldaten verheiratet hielt, ist jetzt in Aussicht bei Alie verheiratet worden, ebenso der Soldat, der wie die Meldung besagt, ihr Freund geworden war. Er heißt Romanoff, stammt aus Polen und stand im 81. Feldartillerieregiment. Die Bäuerin hatte versucht, ihn als einen taubstummen Verwandten auszugeben und ihn sogar in die Wählerliste eintragen lassen.

"Wie kannst du wissen, ob es für sie auch so sehr schön war wie für dich?" fragte er sich gleich darauf. Na, und wenn auch nicht — jedenfalls war ein Kuß noch kein Beinbruch, und das Gesicht, was sie nachher machte — o! — Er schüttelte sich in der Erinnerung und nahm den Hut ab, weil ihm heiß wurde. Und dann, bei seinem Besuch, als er ihr an der Tafel gegenüber saß, wie sie da aussah! Er hatte sie fortwährend heimlich beobachtet, und ihre Zeichenbilder hatte seine vorherige Fröhllichkeit unter den Gefrierpunkt gebracht. Was ihn jetzt im Herrenhaus erwartete, wußte er nicht, aber er fühlte ein unbestimmtes Bangen. Eigentlich hatte er schon gestern hinüber müssen, einer wichtigen geschäftlichen Besprechung wegen — und wenn er's bei Licht besah, so war's eine recht unmännliche Feigheit gewesen, daß er den Besuch um vierundzwanzig Stunden verschoben hatte. Aber er fürchtete sich wirklich — fürchtete sich vor Fräulein Eva von Sidows bläsem Gesicht und ihrer anklagenden Miene.

Der Wald nahm ein Ende, und der Weg wand sich durch weite, gelbbraune Stoppelsfelder, die noch vor wenig Tagen bedeckt gewesen waren mit reifem Korn. Hier gab es keinen Schatten, die Sonne brannte heiß und schonungslos, und Schweighoff ging langsamer. Er sah auf die Blumen, die der Sichel entgangen oder nach der Ernte erst ausgeblüht waren und einsam in den leeren Feldern standen, rot und blau und gelb, in allen Farben des Hochsommers. Er sah auf die großen, runden Haufen aufgeschichteten Getreides und dann auf den schmalen, weißen Strich mit dem dunklen Laubgrün darüber, der sich am Horizont hinzog — die Parkmauer. "Dahinter," dachte er, "hab' ich ein schönes Mädel geküßt. Hätt' ich mich nicht verlaufen, wie ich den Ausgang suchte, wär's nicht passiert. Das wäre gut und wäre — schade. Hätt' ich das schöne Mädel — weiß der Himmel, wie schön sie ist! nicht als Fräulein von Sidow kennen gelernt, das wäre auch gut. Hätt' ich sie anders kennen gelernt — als arme Gouvernante zum Beispiel oder so — das wäre noch viel besser." Und er pflückte eine wilde Mohnblume, sah träumerisch auf die losen Blätter, die so rot und weich und glänzend waren wie Mädelentippen, und führte sie an seinen Mund.

Und dann dachte er plötzlich, daß er im Begriff sei, eine zweite Dummheit zu begehen, die viel größer war als die erste, und warf die unschuldige Blume hastig und erschrocken fort.

Der weiße Strich wuchs und wurde höher, der Feld-

* Falschgeld. Gefälschte Tausendmarktscheine der neuesten Ausgabe sind in Köln im Umlauf. Die Falschgeldscheine sind daran erkenntlich, daß die bei den echten Scheinen eingebrachte blaue Ueberzug bei den Falschgeldscheinen aufgetragen und daher leicht abkratzen ist. — In Wiesbaden sind in der letzten Zeit mehrfach falsche Fünfzigmarktscheine angehalten worden. Sie erschienen deshalb angebracht, hier einmal darauf hinzuweisen, daß das Reichsbankdirektorium Verordnungen bis zu 10 000 M. stellt an diejenigen, die zur Entdeckung von Falschgeldmünzen und -scheinen bzw. bei der Ermittlung von Falschgeldmünzen beihilflich sind.

Soziales.

Gartenstadt. In Frankfurt a. M. wurde auf einem großen Gelände nördlich vom Güterbahnhof der Grundstein zum Bau von 110 Einzelhäusern mit Gartenland für Familien gehoben. Die Wohnungen, die im Sommer 1920 einziehbar sein sollen, werden in erster Linie kinderreichen Familien Kriegsbeschädigten und solchen Familien überweisen, die ungesunde und Notwohnungen innehaben. Bauherr ist der Frankfurter Eigenbahnbauverein. Die Eigenbahndirektion stellt das Baumaterial zur Verfügung. Auch in den nächsten Jahren ist die Errichtung weiterer Wohnhausgruppen geplant.

Industrie, Handel und Gewerbe.

Verjüngung mit Weiblichkeit. Die Handelskammer Wiesbaden schreibt uns: Wie schon wiederholt bekannt gegeben, können die in Betracht kommenden Handwerksbetriebe Weiblichkeit nur gegen Bezugscheine erhalten. Die Ausstellung dieser Bezugscheine erfolgt durch die Handelskammer und zwar nur an diejenigen Handwerksbetriebe, die ihren Betrieb bei der Metallberatungs- und Verteilungstelle für Handwerksbetriebe zu Hannover angemeldet haben. Der Kammer steht nunmehr eine bestimmte Menge Weiblichkeit zur Verteilung gegen Bezugscheine zur Verfügung. Es empfiehlt sich deshalb, den Bedarf recht bald bei der Geschäftsstelle der Kammer, Wilhelmstraße 41, anzumelden, worauf Einleitung des Bezugscheines erfolgt. Betriebe, die bei der Metallberatungs- und Verteilungstelle in Hannover noch nicht angemeldet sind, können diese Anmeldung nachholen. Am besten geschieht dies durch Vermittlung der Kammer.

Vom Büchertisch.

Gartenlaube-Kalender 1920. Verlag von Erich Neils Nachfolger (August Scherl) G. m. b. H. in Leipzig (Preis gebunden 3 M., zuzüglich ortsöbl. Feuerungszuschlag). Ein altbewährtes Hausbuch wie dieser Kalender, der nun bereits im 35. Jahrgange erscheint, bedarf kaum noch besonderer Worte der Empfehlung. Es sei aber jedenfalls festgestellt, daß die schäuder grauer Einband auch diesmal wieder eine Fülle des Angenehmen, Unterhaltlichen und Belehrenden umschließt. Jenseits Erzählungen ernst und heiteren Charakters wechseln ab mit gelegentlichen Aufzügen und Plaudereien aus den verschiedensten Wissensgebieten, die von befeuert Feder verfaßt, durch das beifällige Illustrationsmaterial erhöhte Anschaulichkeit gewinnen. Auch die politischen Geschehnisse des vergangenen furchtbaren Jahres der Umwälzungen erfahren in der üblichen „Jahresschau" und in einer sich anschließenden Betrachtung „Der Zusammenbruch" eine eingehende Darstellung, die auch für spätere Tage wertvoll bleiben wird. Des hundertsten Geburtstages Gottfried Keplers und Theodor Fontanes wie des achtzigjährigen Hans Thomas wird in Sonderartikeln gedacht. Es versteht sich von selbst, daß auch der eigentliche Kalenderteil und die zahlreichen statistischen Notizen und Tabellen, in denen eine Menge nützlicher Kenntnisse und Hinweise vereinigt ist, mit gewohnter Sorgfalt bearbeitet sind. Alles in allem also möchte sich der neue Gartenlaube-Kalender seinen Vorgängern würdevoll an und kann, zumal im Hinblick auf seine reichhaltige bildliche Ausstattung als Festgeschenk warm empfohlen werden.

Weihnachten 1919!

Sie finden Käufer für Ihre Waren, finden Angebote auf Ihre Gesuche, finden Stellen oder Personal, haben in allem Erfolg durch ein Inserat in der Emser u. Diezer Zeitung.

Eva.

Novelle von Heimath von Mor.

Nachdruck verboten.

Das Erholungsheim für fränkische Kinder lag im Herzen des Waldes, der zum Sidowschen Gutsbesitz gehörte. Ein schattiger Weg, zu dessen beiden Seiten die hohen Tannen als eine dichte Mauer standen, führte zum Gut hinüber. An sonnigen Sommertagen ging sich's gut hier in der Waldeshöhle am Bach entlang, dessen Wasser so klar war, daß man jeden Kiesel am Grunde sehen konnte, und der so behaglich murmelte und schwatzte. An seinem Rande standen die Heidelbeeren in Mengen, und hier und da leuchtete auch das Rot einer Erdbeere aus dem Grün.

Für die Kinder war's immer ein Fest, wenn es diesen Weg ging. Da konnte man sich gütlich tun an den Früchten, die der Wald bescherte, ohne auch nur ein „Vergelt's Gott!" dafür zu verlangen, und drüben im Herrenhause hatte man immer allerlei Vederleien für den jungen Schnabel in Bereitschaft. Doktor Herbert Schweighoff aber war es weit weniger festlich zumute, als er sich am Nachmittag des dritten Tages nach seiner Vorstellung bei den Sidows entschließen mußte, den Waldweg einzuschlagen. Sehr bekommen war er, aber auch ein wenig trübsinnig. Ja gewiß — die Geschichte im Park war eine heillose Dummheit gewesen, die er selbst kaum noch begriff. Er mußte ganz und gar vergessen haben, wo er sich eigentlich befand, und die heiter zufriedene Stimmung, in die ihn die freundliche Aufnahme im Herrenhaus versetzt hatte, mochte am Ende die Hauptschuld tragen. Es hatte sich alles so glücklich gefügt — nach mancherlei Kämpfen, die bei seiner Mittellosigkeit nicht immer leicht gewesen waren, die gute Stellung und die glänzenden Aussichten, die freundlichen, angenehmen Menschen und das Bewußtsein, endlich wieder in der Heimat zu sein. Ja, es wäre noch heute alles wunderbar und gut ohne diesen unheilvollen Kuß.

Aber — und da kam der Troß — gar so tragisch brauchte das Fräulein von Sidow die Sache doch nicht zu nehmen. Erstens hatte er nicht gewußt und nicht wissen können, wer sie war — eine recht zweifelhafte Entscheidung allerdings, eher das Gegenteil. Zweitens hatte sie sich merkwürdig ruhig fassen lassen. Und drittens — drittens war es doch eigentlich sehr, sehr schön gewesen.

weg mündete in die gut gepflegte Straße, die zum Herrenhaus führte — und so langsam er auch gegangen war, endlich einmal erreichte der junge Arzt die breite Freitreppe doch und stieg mit klopfendem Herzen die Stufen empor. „Wenn ich ihr nur nicht begegne!" dachte er. „Wenn sie ihrem Vater gesagt hat, und der mich mit einem Donnerwetter begrüßt, das ginge noch. Schweiß genug ist mir's, und nach dem Gewitter wird's allemal frischer. Aber sie selbst sehen — nur das nicht!" Dabei spähte er nach allen Seiten, ob sie nicht irgendwo zu erblicken wäre, lugte auf die Veranda und fühlte eine merkwürdige Enttäuschung, als er nichts weiter zu sehen bekam als einen leeren Liegestuhl.

Und dann traf es ihn doch ganz unerwartet, als er in dem weiten, hellen Treppenhaus plötzlich gegenüberstand. Sie aber hatte ihn wohl kommen sehen, denn sie zeigte keinerlei Ueberraschung. Ihr Atem kam und ging in raschem Wechsel, so, als wäre sie die Treppe zu rasch heruntergelaufen, und sie sagte kalt, ohne seine Verneigung zu beachten:

„Es ist mir lieb, daß ich Sie hier treffe. Ich habe mit Ihnen zu reden.“

„Jetzt mußst du was sagen!" dachte er. Wenn es nur nicht so erdrückend schwül — und wenn sie nur ein ganz klein wenig weniger schön gewesen wäre.

„Ich stehe Ihnen natürlich zur Verfügung, gnädiges Fräulein," sagte er. „Aber vielleicht gestatten Sie, daß ich vorher — ein paar Worte —"

Sie sah ihn in schweigender Erwartung an. Dieser Blick verwirrte ihn ungemein, aber er nahm sich zusammen und fuhr fort:

„Ich habe mir — etwas Unverzeihliches — gegen Sie zuschulden kommen lassen. Wie es geschehen konnte, begreife ich selbst nicht mehr. Aber ich versichere Ihnen — ich versichere Ihnen —"

Sie machte eine Bewegung mit der Rechten, die ihm das Wort abschnitt.

„Wenn Sie die Absicht haben, sich zu entschuldigen," sagte sie, „so bemühen Sie sich, bitte, nicht. Ich weiß nicht, was Ihre Tat entschuldigen könnte. Sie war eines Ehrenmannes unwürdig.“

Fortsetzung folgt.

Die Nationalversammlung.

Sitzung vom 4. Dezember 1919.

Die Fraktionen der Nationalversammlung hatten während der einstündigen Pause, welche das Plenum in seine Sitzung eingeschoben hat, Gelegenheit, zu den neuen Steuerentwürfen des Reichsfinanzministers und zu programmatischen Ausführungen Stellung zu nehmen. Heute wurde die allgemeine Aussprache über diese Vorlage begonnen.

Der erste Redner aus den Reihen sprach für die Mehrfraktion der Abg. Reil der zunächst dem Reichsfinanzminister und seiner ganzen Verwaltung die Anerkennung seiner Partei aussprach für die enorme Arbeit, die in der Mitte dieses Jahres ab auf dem Gebiete der Steuerentwürfe geleistet worden sei. Soviel Monate man jetzt gebraucht hat, hätte man früher Jahre gebraucht. Der Redner meint an, daß die ungeheure Mühsal, die wir aufgebracht werden kann. Mit der Einkommensteuer erklärt er sich trotz mancher Vorbehalte im einzelnen einverstanden. Die Ertragsberechnung des Finanzministers erscheint ihm noch zu vorsichtig. Er meint, das Zentrum sprach der Abg. Dr. Juchacz, daß die Ueberfüllung der Ämter bemängelt und a. a. die Tatsachen anführt, daß wir im Deutschen Reich nicht weniger als 168 Minister hätten. Im Zentrum der Ersparnisse liege auch ein möglichst baldiger Abbau der Kriegsgesellschaften. Weiterhin wirt er die Frage nicht auch Länder und Gemeinden in der Einkommensteuer mitkonkurrieren könnten. Bedenken äußert Redner gegen die Bestimmung, wonach das steuerpflichtige Einkommen an der Quelle durch die Arbeitnehmer einbehalten werden soll. Zu prüfen sei auch, ob das steuerfreie Einkommen nicht zu niedrig gegriffen sei.

Reichsfinanzminister Erzberger erklärt u. a.: Wenn man gesprochen worden ist, es sei Gefahr vorhanden, daß das Reichsnotopfer beschlagnahmt werden könne, und wenn man von der rechten Seite des Hauses der Juris gelomme: „Ja, damit müssen wir rechnen“, so ist es wohl bemerkt, hier eine Erklärung zu wiederholen, die ich im Ausschuss bereits abgegeben habe. Die Frage, ob nach dem Friedensvertrage möglich ist, die Erträge des Reichsnotopfers von uns zu fordern, ist von der Regierung mehrfach beantwortet worden. Dicht, daß dazu nicht besteht, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt. Der Wiedergutmachungsausschuss, in sich weitgehende Befugnisse zustehen, hat diese Verpflichtung nicht. Wie Deutschland seinen Verpflichtungen kommt, ist seine Sache, ob es mit bewaffneter oder ungewalttätiger Gewalt, Schiffen, Schuldverschreibungen, Wertpapieren, mit deutschen oder nichtdeutschen Geldorten besteht. Eine bestimmte Art der Vertragserfüllung kann der Vertrag nicht fordern. Darüber ist nirgends etwas gesagt. In der Ausschuss das Reichsnotopfer zu beschlagnahmen, so wäre das ein Eingriff in die Finanzhoheit des Reiches. Nach feierlichen Erklärungen der Versammlung ist ein solcher Eingriff nicht geplant. Der Wiedergutmachungsausschuss hat keine Exekutivbefugnisse. Die Leistungen des Friedensvertrages können nicht so auszuüben, als ob die Mächte das Recht hätten, Deutschland zu diktieren, daß es bestimmte Steuern auszuheben beabsichtigt. Es unterliegt also keinem Zweifel, daß ein der Beschlagnahme nicht besteht, solange Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt. Als erstmalige Zahlung von 20 Milliarden in Gold an den Verband zu leisten, die wir in Schuldverschreibungen erstatten. Dieser Zahl folgt eine weitere Schuldverschreibung von 40 Milliarden, die wir mit 2,5 Prozent zu verzinsen haben. Eine weitere Zahlung von 40 Milliarden, über deren Zahlung nichts feststeht, folgt. Die Möglichkeit, daß der Verband Beilegung von Recht und Gesetz auf eine einseitige Erledigung seiner Ansprüche drängt, ist nicht zu nehmen. Unter diesem Gedankenange hat die Reichsversammlung beschlossen, den gesetzgebenden Körperschaften die Über das Reichsnotopfer zu unterbreiten. Auch der Reichsfinanzminister steht auf dem Standpunkt, daß eine Beschlagnahme des Reichsnotopfers nicht möglich ist. Was Abg. Dr. Reimter ausgeführt hat, über die 168 Minister, die Deutschland regieren und über die militärischen Verhältnisse, so kann ich nur bitten, daß alleseitigen Konsequenzen aus diesen Darlegungen des Kollegen Dr. Reimter gezogen werden. Man soll hier nicht immer nur fordern, sondern auch die Konsequenzen aus den vorgebrachten Tatsachen ziehen. Wenn weiter der Abbau der Kriegs-

gesellschaften gewünscht wird, und anderweitige Maßnahmen beim Verkauf von Heeresgut verlangt werden, so kann ich Ihnen mitteilen, daß das Reichsamt beschloffen hat, ein eigenes Abwicklungsamt zu schaffen. Gegenwärtig sind nicht weniger als 2000 Abwicklungsstellen in Tätigkeit. Jede Kaserne hat für sich abgerechnet oder auch nicht. (Heiterkeit.) Wir müssen noch im Jahre 1923 diese Abwicklungsstellen haben, wenn wir nicht eingreifen würden. Da hat der Reichsfinanzminister um die Ermächtigung gebeten, daß er als Chef des Abwicklungsamtes bestimmt werde. Das ist erfolgt und das Amt ist errichtet. Ich hoffe bis zum 1. April 1920, spätestens bis zum 1. Mai sämtliche Abwicklungen nach der personellen Seite hin vollzogen zu haben. Hinsichtlich der Abwicklung nach der materiellen Seite habe ich dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss einen entsprechenden Entwurf unterbreitet. (Zuruf links: Ist bereits beschloffen!) Das freut mich. Ich hoffe, daß der Beschluß der Vorlage entspricht. (Zustimmung links.) Dann habe ich also weiter die Ermächtigung zu verlangen, daß alles, was einen Rechtsanspruch aus dem Kriege herleiten könnte, innerhalb drei Monate angemeldet werden muß. Damit erhalten wir einen Überblick über die gesamten Kosten des Krieges. Anfangs März werden wir dann die gesamte Liquidation des Krieges vollziehen können. Die Reichsregierung ist bereit und gewillt, der Nationalversammlung sodann die beschleunigte Abwicklung zu ermöglichen. Daraus wird sich eine erhebliche Ersparnis ergeben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dernburg (Dem.): Die Reichseinkommensteuer halten wir nach Absicht und Aufbau für zweckmäßig. Die Kriegs- und Revolutionsgewinnler müssen auf das schärfste herangezogen werden. Auf Steuerdrückbergerei müssen die schärfsten Strafen gesetzt werden. Das Reichsnotopfer wird erst dann zu erheben sein, wenn die Absichten des Verbandes klar ersichtlich sind. Zweifellos ist, daß das Reichsnotopfer zu der ungeheuren Kapitalabwanderung geführt hat. Aus unserer Bilanzant können wir nur herauskommen, indem wir dafür sorgen, daß uns das Ausland mehr schuldet, als wir ihm. Auf den guten Willen des amerikanischen Volkes, uns mit einer Anleihe zu helfen, bitte ich, keine allzu großen Hoffnungen zu setzen. Wir müssen allein aus unserer Not herauskommen suchen und werden es auch tun. Die Fundierung unserer schwebenden Schuld ist eine Hauptaufgabe für die Wiederaufrichtung unserer Währung. Nur durch intensive Mitarbeit aller Volksschichten ist es uns möglich, aus allem Elend herauszukommen. Unsere Stellungnahme zu den einzelnen Gesellschaften behalten wir uns vor, da es nicht möglich ist, in so kurzer Zeit dieses umfangreiche Material durchzuarbeiten. Förderung des Autarkismus, aber nicht des Zentralismus! In diesem Sinne werden wir gerne an den Gesellschaften mitarbeiten. (Beifall.)

Weiterberatung: Samstag 1 Uhr. Schluß nach 6.30 Uhr. Sitzung vom 5. Dezember 1919.

Auf der Tagesordnung steht eine Reihe von Fragen. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Mumm (D-Nat. Sp.) wegen Milderung des beschlagnahmten Gläubigers wird ein Regierungsvertreter, daß die kirchlichen Behörden bereits zu einer Besprechung über diese Angelegenheit eingeladen seien und das Ergebnis derselben später mitgeteilt werden soll. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Mumm betr. die Hinzuziehung von Sachverständigen aus dem Lehrstande und den Religionsgesellschaften sowie der Hochschulen zu der bevorstehenden Reichskonferenz erklärt Minister Koch, daß die im Oktober abgehaltene Vorbesprechung nur das Programm und die Teilnehmerliste für die Reichskonferenz festgelegt hat. In der Konferenz würden selbstverständlich die Vertreter der Hochschulen hinzugezogen werden, wie auch alle in Frage kommenden Körperschaften ohne Rücksicht auf politische oder konfessionelle Verhältnisse.

Abg. Mor (Str.) und Genossen wünschen die Verurteilung eines Reichsparlamentes. Geheimrat Dr. Jung erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, auf den Wunsch einzugehen.

Auf Anfrage der Frau Dr. Schirrmacher (Deutschn. Sp.) erwidert ein Vertreter des auswärtigen Amtes, daß die Reichsregierung alle Maßnahmen, mit Einschluß der Vereinfachung von Geldmitteln, getroffen habe, zur unbedingten Heimführung aller deutschen Gefangenen aus Malta über Italien. Sie werden voraussichtlich am 8. oder 9. Dezember in Innsbruck eintreffen.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.) wegen der angekündigten Preissteigerung der Weinachtsbäume auf 8 bis 20 Mark für Fichten, 16 bis 25 Mark für Tannen und 14 bis 30 Mark für Edelkastanien erwidert

Unterstaatssekretär Dr. Peters: Der Reichswirtschaftsminister beauftragt die Preissteigerung, muß aber von allgemeinen Anordnungen Abstand nehmen. Eine einheitliche Preisfestsetzung ist mit Rücksicht auf die örtliche Verschiedenheit nicht möglich.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Mumm, ob zur Weihnachtzeit wieder eine Verkehrssperre zu erwarten sei, erklärt ein Regierungsvertreter, die erste Verkehrssperre habe eine völlige Besserung im wirtschaftlichen Verkehr zwar nicht gebracht, die Regierung hoffe aber, eine Wiederholung der Sperre vermeiden zu können.

Abg. Schiele (Deutschn. Sp.) fragt nach den Gründen, weshalb 12 Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes noch keine Verständigung über den Wiederaufbau erzielt worden sei. Ein Regierungsvertreter erwidert: Seitens des Wiederaufbauministeriums sind unabhängig von den französischen Roteschritten unternommen worden, um eine alsbaldige grundsätzliche Klärung der Frage der von Deutschland zu übernehmenden Aufbauarbeiten herbeizuführen, da diese Frage alsbald geklärt werden muß.

Kunst und Wissenschaft.

(1) Gemäldeversteigerung. Die Versteigerung der Gemälde aus dem Nachlaß von Prof. Ernst Weydner in Frankfurt a. M., dem letzten Träger der bekannten Frankfurter Künstlerfamilie, erbrachte rund 300 000 Mark.

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am Mittelrhein.

Unter Leitung des Geh. Justizrates Dr. Alberti-Wiesbaden hielten die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften am Mittelrhein in Frankfurt ihre 58. Hauptversammlung ab. Aus der Fülle der zweitägigen Verhandlungen seien die Vorträge von Bankdirektor Walz, Frankfurt a. M. über „Aktuelle Bank- und Genossenschaftsfragen“ und von Prof. Dr. Erüger, Berlin über „Die Kreditgenossenschaften in Gegenwart und Zukunft“ hervorgehoben. Kammerhofsches Schiedsgericht Wiesbaden schilderte die Rückwirkung der neuen Steuern auf das wirtschaftliche Leben. Von der Sozialisierung werden die Genossenschaften nicht berührt, da diese bereits als sozialisiert gelten. In der erhofften Beteiligung am Wiederaufbau Nordfrankreichs würde dem Handwerker ein reiches Arbeitsfeld für lange Zeit geboten. Dem von Dr. Alberti-Wiesbaden gehaltenen Geschäftsbericht für 1918/19 zufolge gehören dem Verbands zugehörig 74 Kreditgenossenschaften mit 64 000 Mitgliedern aus der Rheinprovinz, Hessen und Westfalen an. Der Gesamtumsatz betrug 4 851 486 397 Mark (1914: 1 893 722 978 Mark). Der Reingewinn betrug sich auf 2 730 404 Mark. Für gemeinnützige Zwecke stellte der Verband 108 279 Mark zur Verfügung. Das eigene Vermögen von 68 Kreditgenossenschaften beträgt 46 543 778 Mark. (1913: 40 336 170 Mark.)

Wiederaufbauminister Geyer hielt im Frankfurter Handelskammeraal mit Vertretern aller in Frage kommenden Körperschaften Besprechungen über Maßnahmen zum Wiederaufbau Nordfrankreichs ab.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!: Dessigkofen, 6. Dez. Dem Gefreiten Heinrich Dage, von hier wurde für besondere Tapferkeit noch nachträglich das Eisener Kreuz 1. Klasse verliehen.

!: Das Versorgungsamt Frankfurt a. M. schreibt uns: Entsprechend den Grundrissen für die Haltung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe an die im Dienst befindlichen Reichsbeamten kann auch den pensionierten Offizieren und Heeresbeamten und ihren Hinterbliebenen diese Beihilfe in Höhe von 50 bis 100 vom Hundert der für jene zuständigen Sätze bewilligt werden. Die Beschaffungsbeihilfe für aktive Reichsbeamte beträgt: 600 M. für Ledige, 1000 M. für Verheiratete und daneben 200 M. für jedes zu berücksichtigende Kind. Wer eine laufende Kriegsbeihilfe schon beantragt hat, braucht kein Gesuch nicht zu wiederholen, auch nicht wenn es früher abgelehnt worden ist. Den Dienststellen, die die Anträge nachprüfen haben, ersucht das Versorgungsamt, eine erhebliche Arbeit. Es ist daher nicht zu vermeiden, daß sich die Auszahlung der Beihilfen etwas verzögern wird; sie werden aber so schnell wie möglich und auf einmal angewiesen werden. Wer dagegen noch keine laufende Kriegsbeihilfe beantragt hat, tut dies sobald als möglich. (Kurzer Antrag in einfacher Form genügt!) Geht der Antrag nicht mehr in diesem Monat bei der Abwicklungsabteilung des Versorgungs-Departements, Berlin SW 48, verlängerte Sedemannstraße 10 ein, so bin die einmalige Beschaffungsbeihilfe nicht mehr bewilligt werden.

!: Frankfurt a. M. 6. Dez. Ein Millionärbetrug. Um gewaltige Summen hat der von der Staatsanwaltschaft Kassel geführte 36-jährige Kaufmann Ernst Rogge aus Drißlar hiesige „Interessenten“ geprellt. Rogge, der in einem

Ringwall „Alteburg“ und die Hügelgräber bei Singhofen, an der Rintstraße, bei Singhofen, am Hocht und um den goldenen Grund.

von H. Heß, Diez.

Im südlichen Nassau und Singhofen, auf einem felsigen, hoch über dem romantischen Tale des Dörsbaches, liegt die Reste eines einst herrlichen Ringwalls — „Alteburg“ vom Volksmunde genannt, wie so viele Ueberreste vor- und frühgeschichtlicher Bauzeit.

Was wir heute noch dort sehen, sind nur schwache Spuren der Herrlichkeit. Mehrere Erdwälle mit vorliegenden Gräben, einige unregelmäßige Bodenerhebungen, das alles, was auf eine ehemalige menschliche Ansiedelung hinweist. Über diese Reste genügen, um uns noch heute ein Bild von Ausdehnung, Anlage und Zweck jener vorzeitlichen Siedelung zu geben. Wesentliche Aufschlüsse über Bauweise und Siedelung brachten die von dem Frankfurter Architekten Thomas im Auftrage des Nassauischen Altertumsvereins im Jahre 1909 vorgenommenen Untersuchungen. Ergebnisse 1910 im 41. Bande der Annalen veröffentlicht.

Wir finden in der „Alteburg“ eine von Wall und Graben umschlossene, gut befestigte Siedelung, die nicht nur in der Gefahr einem ganzen Volkstamme Schutz und Zuflucht bot, sondern dessen dauernden Wohnort bildete. Die von der Bergnase ausmündende Anlage zerfällt in drei voneinander liegende Abschnitte, die durch Erdwälle getrennt sind. Der äußere Wallgürtel umfaßt eine Gesamtfläche von ca. 25 000 Quadratmetern. Nach den von Thomsen erhaltenen Funden ist die „Alteburg“ während der Latènezeit besiedelt gewesen, jedoch dürfte ihre Entstehung, wie nachher sehen werden, in eine weit frühere Periode zu verlegen sein.

Wir lassen wir nun für einige Zeit den Ringwall und begeben uns hinein in die Wälder der mittleren Lahn. Wie manchem mögen bei seinen Wanderungen die eigenartigen, hügelartigen Erhebungen aufge-

fallen sein, die sich an so vielen Stellen, besonders längs der alten Verkehrswege finden. Vielfach werden sie für Schutthalde alter Bergwerksbetriebe angesehen, in den meisten Fällen jedoch sind es Hügelgräber, sogenannte Grabhügel aus längst vergangenen Zeiten. Ganz in der Nähe von Diez, im Hänginger Forst, wurden 1911 vom 11 Hügel einer solchen Graberggruppe mehrere ausgegraben und liegen eine Reihe interessanter Gegenstände in Gestalt von Tongefäßen und Schmuck, sowie einige Waffen entnommen. Auch längs der uralten „Rintstraße“, zwischen Wilsdorf und Ragenelbogen, sowie am Hocht, bei Eppendorf und Hohenhausen, ferner bei Camberg, Heringen, Daborn, Hahnstätten und in nächster Nähe der „Alteburg“ bei Singhofen findet sich eine große Anzahl solcher Grabhügel. Sie alle zeigen mehr oder minder die gleichen oder ähnlichen Fundstücke und Bestattungsgebäude, durch deren eingehendes Studium es neuerdings gelungen ist, einen der interessantesten Kulturabschnitte aus Deutschlands vorgeschichtlicher Zeit verhältnismäßig gut aufzuklären.

Es handelt sich um die älteste Eisenzeit, die Hallstattperiode so genannt nach dem Hauptfundort Hallstatt im Salzammergut.

Betrachten wir uns einmal diese Zeitstufe etwas näher. Wie gegen Ende der jüngeren Steinzeit das Kupfer und später die Bronze erst in einzelnen kleinen Gegenständen, vor allem als Schmuck, den Beginn der Metallzeit einleiteten, so kam auch, zuerst nur in geringem Umfange, in der Regel als Zierat, bald aber immer zahlreicher, besonders in Gestalt der verschiedenen Waffen, gegen Ende der Bronzezeit von Süden her das Eisen in unser Land. Es vermochte zwar die Bronze nicht gänzlich zu verdrängen, die wir auch in der Hallstattzeit noch recht häufig in den Gräbern antreffen, jedoch prägte das neue Metall, bald der ganzen Periode seinen Stempel auf.

Welche Völkerstämme sind nun bei uns die Verbreiter und Träger dieser neuen Kulturstufe geworden? Ueber diese Frage geben uns die Hügelgräber unserer Heimat, die fast alle diesem Zeitabschnitte entstammen, Aufschluß. Gegen

das Ende der Bronzezeit, etwa das Jahr 1000 v. Chr., muß in unser Nassauer Land ein neuer Volkstamm eingewandert sein, dessen Hinterlassenschaften sich von den bisher üblichen Fundstücken scharf unterscheiden. Während in der reinen Bronzezeit in unserer Gegend fast ausschließlich Leichenbestattung erfolgte (Erdgräber), finden wir in der neuen Periode plötzlich Beisetzungen mit allen Zeichen von Leichenverbrennung — sogenannte Brandgräber — deren Anzahl gewaltige Tongefäße mit der Totenruhe und zahlreiche kleinere, anscheinend nach Metallvorbildern gearbeitete Gefäße bilden. Hin und wieder finden sich auch Waffen als Grabbeigaben. Diese Totenreste sind meist in größeren Gruppen flacher Hügel, den sogenannten „Urnenfeldern“, beigesetzt, weshalb man auch die Beisetzungen, da uns vorläufig noch ein sicherer Name fehlt, als „spätbronzezeitliche, bzw. frühhallstattische Urnenfelder-Beisetzungen“ bezeichnet hat.

Man nimmt an, daß diese Einwanderer, die die Leichenbestattung als uralte Sitte (?) Volkstämme angehört, von Süden kommend, in Mitteldeutschland eingebrochen sind und die Bevölkerung aus der Bronzezeit vertrieben oder unterjocht haben. Die Ausbreitung des neuen Volkes läßt sich recht gut verfolgen. Vom Oberrhein aus zeigen sich seine Spuren nicht nur längs des Rheins bis unterhalb Andernach, sondern auch im unteren und mittleren Mainale und bis zur Wetter hin. Auch die Vordünen des Lahn- und Wetterwalds und Vogelsberg, sowie vor allem die fruchtbaren Talwälder des mittleren Lahngebietes finden wir von ihnen besiedelt. Reiche Funde aus den oben angeführten Grabfeldern, besonders aus der Gegend des goldenen Grundes, von Hachingen und Eppendorf, sowie aus unserer weiteren Umgebung, von Gms und Wallmerod, geben uns ein klares Bild ihrer Kultur. Auch die Etiden der Hügel, die wir bisher in jeder Zeitstufe besiedelt fanden, enthielten ihre Ueberreste. Im Verlaufe der Hallstattzeit blieb diese Bevölkerung im ungeschützten Besitze des eroberten Gebietes. Sie trieb in der Hauptsache Ackerbau, verbrannte ihre Toten und setzte sie in der oben angeführten Weise in Grabhügeln bei.

(Schluß folgt.)

Wainwrightstr. 9, Gent.